

Vatikan betrachtet Forderung an Williamson als nicht erfüllt

Aufnahme Williamsons als Geistlicher nicht möglich - Auch Zentralrat der Juden akzeptiert Entschuldigung nicht

Rom (AP) Der Vatikan hat die Entschuldigung des Holocaust-Leugners Richard Williamson für die Wirkung seiner Äußerungen als unzureichend abgelehnt. Die Erklärung des Bischofs erfülle nicht die Forderung von Papst Benedikt XVI. nach einem Widerruf der Holocaust-Leugnung, sagte Vatikansprecher Federico Lombardi am Freitag in Rom. So könne er nicht als Geistlicher in der Kirche wirken. Nach seiner Rückkehr von Argentinien nach England muss der Bischof auch mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Der Bischof der ultrakonservativen Pius-Bruderschaft hatte am Donnerstag über einen katholischen Internet-Dienst eine Entschuldigung verbreiten lassen. Dabei äußerte er Bedauern über die Folgen seiner Äußerungen, ohne diese aber für falsch zu erklären und zurückzunehmen. Vatikan-Sprecher Lombardi kritisierte auch, dass die Erklärung Williamsons nicht an den Papst oder die vatikanische Kommission Ecclesia Dei gerichtet gewesen sei. Diese Kommission ist für die Beziehungen zur Pius-Bruderschaft zuständig. Williamson ist einer von vier Pius-Brüdern, die 1988 ohne Zustimmung des Papstes zum Bischof geweiht und daraufhin exkommuniziert wurden. Wenige Tage nach der öffentlichen Holocaust-Leugnung Williamsons im schwedischen Fernsehen hob Benedikt XVI. die Exkommunikation wieder auf. Nach der internationalen Empörung darüber erklärte der Vatikan am 4. Februar, Williamson müsse sich «absolut und eindeutig von seinen Bemerkungen über die Shoah distanzieren, wenn er zu bischöflichen Aufgaben in der Kirche zugelassen werden soll». Williamson hatte gesagt, dass in den Konzentrationslagern des NS-Regimes kein einziger Jude vergast worden sei. Außerdem sagte er, es seien nicht sechs Millionen Juden, sondern 200.000 bis 300.000 getötet worden. Die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, zeigte sich entsetzt über die Erklärung des Bischofs. «Durch den ausbleibenden eindeutigen Widerruf seiner böswilligen Lügen hat Williamson erneut zum Ausdruck gebracht, dass er ein überzeugter Antisemit und unverbesserlicher Holocaust-Leugner ist», erklärte sie. Der Generalsekretär des Zentralrats, Stephan Kramer, forderte die Überwachung der Pius-Bruderschaft durch den Verfassungsschutz, da sie «ihrem Wesen nach eine gemeingefährliche Gruppe von Extremisten» sei, die eine Gottesherrschaft errichten wollten. **Die Kirchenvolksbewegung «Wir sind Kirche» forderte im Deutschlandradio Kultur die Deutsche Bischofskonferenz auf, auf ihrer am Montag beginnenden Vollversammlung eine deutliche Stellungnahme zu den Ereignissen um die Pius-Bruderschaft abzugeben.**

Williamson muss in EU mit Strafverfolgung rechnen

Unterdessen sagte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries in Brüssel, die Ermittlungen der deutschen Staatsanwaltschaft in Regensburg gegen Williamson könnten zum Erlass eines Europäischen Haftbefehls führen. «Grundsätzlich fällt das Delikt unter die Regelungen des Europäischen Haftbefehls, das heißt also, Deutschland könnte einen solchen Haftbefehl ausstellen.» Sie räumte aber ein, der Erfolg eines EU-Haftbefehls sei in diesem Fall ungewiss: «Ob es dann von britischer Seite Einwendungen gäbe, die eine Auslieferung verhindern würden, kann ich im Moment nicht beurteilen.» Sie äußerte aber die Erwartung, dass auch die britische Justiz selbst gegen Williamson ermittle. EU-Justizkommissar Jacques Barrot verurteilte Williamsons Äußerungen scharf und bedauerte, dass der EU-Rahmenbeschluss gegen Rassismus noch nicht in allen Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt wurde. «Wenn er das in Frankreich gesagt hätte, wäre er sofort angeklagt worden», sagte der französische EU-Kommissar.

Zuletzt geändert am 28.02.2009